

Stahlbranche ruft nach dem Staat

Bei der Dekarbonisierung ihrer Produktion verlassen sich die Stahlunternehmen auf die Unterstützung aus der Politik. NRW-Ministerpräsident Laschet dämpft aber die Erwartungen und lehnt eine Beteiligung an Thyssen-Krupp ab.

Kevin Knitterscheidt Düsseldorf

Für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) ist der Fall klar. "Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer", sagte der Politiker am Donnerstag auf der Handelsblatt-Jahrestagung "Zukunft Stahl" - und erteilte damit Forderungen der Gewerkschaft IG Metall, der Staat solle sich am notleidenden Stahlkonzern Thyssen-Krupp beteiligen, zum wiederholten Mal eine Absage.

Zwar kündigte Laschet an, die Unternehmen auf ihrem Weg zur klimaneutralen Produktion finanziell zu unterstützen. Doch die Fürsorge der Politik kennt auch Grenzen. "Wir leben in einer Marktwirtschaft", sagte Laschet. "Und das, was die Politik machen kann, ist, die sozialen Rahmenbedingungen, die unsere Marktwirtschaft kennt, um eine ökologische Variante zu erweitern." Nur, wenn Nachhaltigkeit auch Marktchancen biete, könne man von den Unternehmen erwarten, dass sie den Wandel meistern.

Für die Stahlindustrie liegt darin die zentrale Frage für die nächsten Jahrzehnte: Bis 2030 muss die Branche ihre CO₂-Emissionen um 30 Prozent, bis 2050 sogar um 100 Prozent senken, um die Klimaziele der Europäischen Union einhalten zu können. Derzeit entstehen bei der Produktion von einer Tonne Stahl rund 1,7 Tonnen CO₂. Für die Hersteller ist das eine schwere Belastung. Denn solche Einsparungen lassen sich nur mit einem tief greifenden technologischen Wandel erreichen. Der ist teuer - und birgt derzeit noch erhebliche Risiken.

Es ist das Thema, das auch die Teilnehmer auf der Handelsblatt-Jahrestagung "Zukunft Stahl" am stärksten beschäftigte. Immer wieder fiel die Diskussion dabei auf China, das als größter Rohstahlproduzent der Welt deutlich mehr als die Hälfte aller Produktionskapazitäten auf sich vereint. Galt die chinesische Stahlindustrie lang als rückständig, was Nachhaltigkeit und Qualität anbelangt, scheint sich der Vorsprung der europäischen Konkurrenz immer weiter zu minimieren.

So gab etwa Arnd Köfler, Technologievorstand bei Thyssen-Krupp Steel zu bedenken, dass vor allem die jüngeren Stahlwerke in China mittlerweile den höchsten technologischen Standards genügen. Dabei spiele eine nachhaltige Produktion auch in der Volksrepublik eine immer größere Rolle, so der Manager: "Mittelfristig will das Land seine Kapazitäten für **erneuerbare Energien** spürbar ausweiten und wird dabei mengenmäßig in den nächsten Jahren die doppelte Produktionsmenge von Europa erreichen."

Für die europäische Stahlindustrie liegt darin eine Bedrohung. Denn eine ausreichende Versorgung mit grünem Strom, da waren sich alle Gäste einig, ist die wichtigste Grundvoraussetzung, um die Kohle in der Stahlproduktion mit klimaneutralem Wasserstoff zu ersetzen. Das Gas, das für die Reduktion von Eisenerz zu Roheisen benötigt wird, lässt sich per Elektrolyse aus Wasser gewinnen.

/// Hersteller wollen nicht auf grünen Wasserstoff warten // .

Bislang gibt es weltweit nur wenige Anlagen, mit denen das möglich ist. Doch die Nachfrage nach Elektrolyseuren steigt immens: So will die Stadt Hamburg einen der weltweit größten Elektrolyseure im Hafengebiet errichten. Bereits 2025 könnte die Produktion mit einer Windkraftleistung von 100 Megawatt anlaufen. Ähnliche Projekte gibt es auch in Saudi-Arabien oder Kanada, die über große Mengen erneuerbarer Sonnen- beziehungsweise Wasserkraft verfügen.

Doch die Hersteller wollen nicht warten, bis auch in Europa ausreichend grüner Wasserstoff verfügbar ist. Unternehmen wie Arcelor-Mittal oder Salzgitter bereiten sich deshalb auf eine Übergangszeit vor, in der sie statt Wasserstoff zunächst Erdgas einsetzen, um damit Eisenerz zu sogenanntem "Eisenschwamm" (DRI) zu reduzieren. Der wird schließlich in einem Elektrolichtbogenofen mit Schrott zusammengeschmolzen. Schon in diesem Schritt lasse sich eine hohe CO₂-Einsparung realisieren, sagte Arcelor-Mittals Deutschlandchef Frank Schulz.

Für den Umstieg auf grüne Produktionsverfahren hat Arcelor-Mittal einen detaillierten Fahrplan ausgearbeitet. Bereits 2026 will der Konzern mehrere Millionen Tonnen grünen Stahl produzieren - und setzt dabei neben der Wasserstoffproduktion auch auf ein Verrechnungsmodell, bei dem schrittweise Einsparungen im Produktionsprozess auf bestimmte Stahlmengen angerechnet werden können, die dann als grün zertifiziert werden.

Mit diesem Modell kann sich auch Nicole Voigt, Partnerin und Stahlexpertin bei der Strategieberatung Boston Consulting Group anfreunden. Der Vorteil für die Unternehmen: Schon vor dem Aufbau einer komplett klimaneutralen Produktion könnten sie grünen Stahl in kleineren Mengen anbieten. "Das gibt Unternehmen die nötige Flexibilität, früh in den Markt zu starten und die Reaktionen auszutesten."

Denn der Aufbau einer klimaneutralen Produktion ist teuer. Allein für die deutsche Stahlindustrie rechnet die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) mit einem Investitionsvolumen von 30 Milliarden Euro. Darin noch nicht berücksichtigt sind steigende Betriebskosten, die etwa durch den Einsatz des teureren Wasserstoffs anfallen. "Wir rechnen durch den Umstieg auf klimaneutrale Produktionsverfahren mit Mehrkosten von bis zu 300 Euro je Tonne Stahl, wenn man die Betriebs- und Investitionskosten betrachtet", rechnet Voigt vor. "Diese Mehrkosten müssen von allen Teilnehmern in der Wertschöpfungskette getragen werden - von den Stahlunternehmen selbst über Abnehmer wie die Autoindustrie bis zum Endkunden."

Es ist der marktwirtschaftliche Weg, für den sich auch Laschet aussprach - der aber oft dann an seine Grenzen kommt, wenn es darum geht, auch mehr für ein nachhaltiges Produkt zu bezahlen. So forderte der Vorstandschef der saarländischen Stahlgruppe SHS, Karl-Ulrich Köhler, die Etablierung von Leitmärkten, die Anreize für den Einsatz grünen Stahls bekommen, um den Aufbau der dafür notwendigen Produktion zu fördern.

/// Gefahr von staatlicher Abhängigkeit //

Kritische Töne bezüglich einer groß und langfristig angelegten staatlichen Förderung trug Klöckner-Chef Gisbert Rühl zur Diskussion bei. Es könne durchaus sein, dass die große Nähe zu staatlichen Geldern in der Stahlindustrie zu Bequemlichkeit führen könne, so der Manager.

"Ich halte das auch für gefährlich", sagte Rühl - und zog einen Vergleich zur Digitalisierung, die bei Klöckner als beispielhaft gelungen gilt: "Wir haben uns bewusst selbst transformiert." Die Politik könne lediglich die Rahmenbedingungen bereitstellen. "Wenn sich nun alle auf den Staat verlassen, kann es passieren, dass die Transformation zu langsam abläuft."

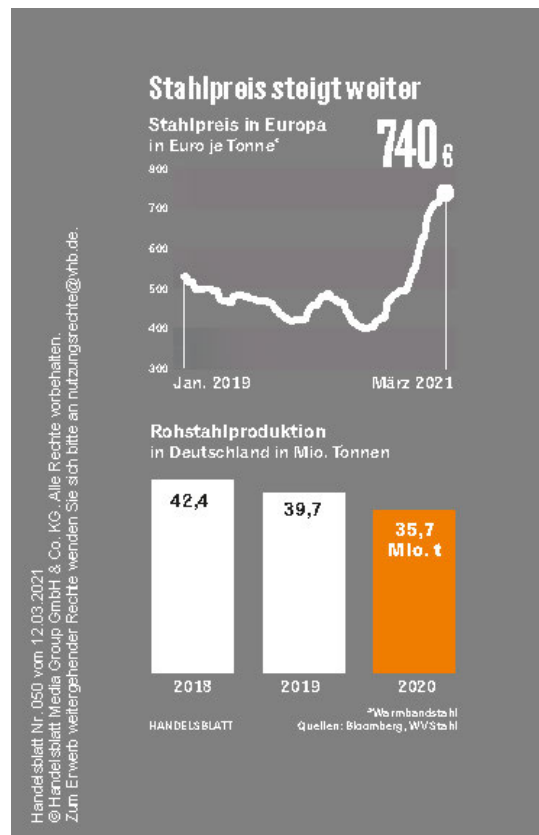
Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir rechnen durch den Umstieg auf klimaneutrale Produktionsverfahren mit Mehrkosten von bis zu 300 Euro je Tonne Stahl.

Nicole Voigt

Stahlexpertin bei der Boston Consulting Group

Knitterscheidt, Kevin



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 050 vom 12.03.2021 Seite 026


Ressort: Unternehmen

Serie:	Handelsblatt-Tagung (Handelsblatt-Serie)
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B IND-18 Metall- und Stahlindustrie B IND-18-01 Primäreisen & Stahl P3310
Börsensegment:	ICB mdax
Dokumentnummer:	AC7794A2-893A-4D84-BF9C-ECB542ECD135

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_AC7794A2-893A-4D84-BF9C-ECB542ECD135%7CHBPM_AC7794A2-893A-4D84-BF9C

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH